

Gabriele Albers

Liberalisierung in Sambia: Freiheit mit Einschränkungen

Sambia vom 15. 8. bis 9. 11. 1997,
betreut von der **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Zur Person | 228 |
| Das Ende eines Traumes? | 228 |
| Kampf und Kommerz: Händler erobern die Straße | 231 |
| Verkehrshinweise und Pressefreiheit | 232 |
| Heißes Pflaster für Journalisten | 234 |
| Privatisierung: Der Staat läßt die Wirtschaft wirtschaften | 237 |
| Wenn im Schacht die Lichter ausgehen | 239 |
| Kleine Börse, große Ziele | 243 |
| Sambischer Stolz und politische Prioritäten | 245 |



Gabriele Albers, geboren am 22. 1. 1972 in Zeven, erhielt ihre journalistische Ausbildung an der Kölner Schule - Institut für Publizistik. Von 1993 bis 1997 studierte sie Volkswirtschaft an der Universität in Köln. Berufliche Erfahrungen sammelte sie parallel zum Studium während mehrerer Praktika und durch freie Mitarbeit, unter anderem beim Wirtschaftsmagazin Capital, bei der Wochenpost und beim Westdeutschen Rundfunk. Seit Januar 1998 arbeitet sie für die Ostausgabe von Capital.

Das Ende eines Traumes?

„Das Militär hat die Macht in Sambia übernommen. Jeder, der sich uns in den Weg stellt, wird vernichtet.“ - Der Radiowecker spielt sanften Soul. Die Moderatorin sagt die Zeit an, es ist jetzt 6.11 Uhr. Was war das gerade? Militärputsch? Oder das Ende eines Traumes. Sieben Minuten später: „Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich hatte eine Menge unnötigen Ärger mit Hörern, die mir nicht glauben wollten. Ich dachte eigentlich, wenn wir die Radio-Station übernehmen und das gesamte Militär aufmarschieren lassen, sollte das überzeugend genug sein. Wir haben die Regierung gestürzt!“ Was? Das können die doch nicht machen. Ich glaub's einfach nicht. Aber die Stimme im Radio redet weiter: „Die Anweisungen sind klar, und wenn sie Blutvergießen bedeuten, dann gibt es eben Blutvergießen, totales Blutvergießen und niemand wird diese Revolution aufhalten können. Das ist die Resolution des Militärs vom 28. Oktober 1997, 33 Jahre nach der Unabhängigkeit.“ Aber warum? „Die Regierung ist durch und durch korrupt. Könnt Ihr Euch vorstellen, wieviele Firmen bankrott gegangen sind? Könnt Ihr Euch vorstellen, wieviele Menschen durch die neue Armut gestorben sind? Wir konnten nicht länger nur dastehen und zusehen. Wir müssen die Nation vor dem totalen Kollaps bewahren! Dies ist die Stimme von Captain Solo, Sprecher des Nationalen Erlösungsrats und wir haben die Kontrolle übernommen.“

Warten. Die deutsche Botschaft ruft an und rät, ja nicht in die Stadt zu fahren. Das Auswärtige Amt in Bonn hat einen Krisenstab eingerichtet, um uns, falls es schlimmer wird, rauszuholen. Vereinzelt hört man Schüsse, aber die Radiostation spielt nur Musik. Keine neuen Informationen. Warten. Es ist ein sonniger Tag, dieser 28. Oktober 1997, aber es weht ein kalter Wind. Gänsehaut. Wir können verschwinden, wenn Captain Solo Ernst macht. Die meisten Sambier nicht. Wird sich die Arbeit, die dieses Land in den vergangenen sechs Jahren geleistet hat, jetzt im Nichts auflösen? Der

kleine bescheidene private Wohlstand, den viele Sambier ansparen konnten, die, die gerade begonnen hatten, so etwas wie eine Mittelschicht zu bilden - alles dahin? Die Investitionen in Unternehmen, getätigt von wagemutigen Entrepreneurs - alle verloren? Die großen Reformen, die Präsident Frederick Chiluba und sein Kabinett einführten und die das Land als Musterschüler der Weltbank ausweisen - alles vergebens? Möglich. Wir können nichts anderes tun als zu warten.

Nach vier Stunden ist der Spuk vorbei, der Putschversuch Captain Solos gescheitert. Präsident Chiluba begrüßt die Bürger im Radio mit seinem üblichen „Fellow country-men and -women“, hält eine seiner predigtartigen Ansprachen und fordert die Menschen auf, wieder zur Arbeit zu gehen. Dann verhängt er den Ausnahmezustand, den er bis zum 17. März des nächsten Jahres aufrecht erhalten wird. Mehr als 90 Oppositionelle läßt Chiluba in dieser Zeit verhaften, darunter auch seinen Vorgänger im Amt, Kenneth Kaunda, Sambias Präsident von 1964 bis 1991. Opposition und Regierung klagen sich gegenseitig an, für den Putschversuch verantwortlich zu sein. Chiluba geht von subversiven Elementen aus, die eine gewählte und damit legitimierte Regierung stürzen wollten; führende Oppositionelle behaupten, Chiluba habe den Putsch inszeniert, um den Ausnahmezustand verhängen zu können. Denn im „state of emergency“ könne er leichter seine politischen Gegner verhaften lassen und außerdem prima von den wirtschaftlichen Problemen des Landes ablenken.

Als Frederick Chiluba 1991 die Regierung in dem zentralafrikanischen Binnenland übernahm, war ihm klar, daß der Weg in die wirtschaftliche Zukunft ein extrem steiniger sein würde. Kenneth Kaunda hatte in 27 Jahren sozialistischer Planwirtschaft ein rohstoffreiches Land komplett heruntergewirtschaftet. 1990 lag die Inflationsrate der sambischen Währung, des Kwacha, bei knapp 160 Prozent, die Wirtschaft schrumpfte um zwei Prozent, die Auslandsschulden betragen sieben Milliarden US-Dollar. Chiluba machte den Sambiern nichts vor. In seiner Antrittsrede verkündete er: „Die Koffer sind leer. Die Menschen sind arm. Das Elend ist unendlich. Die Wirtschaftskrise, unter der wir heute leiden, hat sich über Jahrzehnte hinweg entwickelt. Sie wird nicht in Tagen, Wochen oder Monaten zu lösen sein.“ Chiluba und seine Partei, die MMD, bekannten sich zur freien Marktwirtschaft und versuchten, das IWF-Strukturanpassungs-Programm (SAP) umzusetzen. Die Staatsbetriebe sollten privatisiert, die Finanzen saniert, die Zentralbank unabhängig und die Inflation bekämpft werden.

Treibende Kraft und Mittler zwischen sambischer Regierung und Geberländern ist Finanzminister Ronald Penza. Mit seiner Finanzpolitik läßt er Thatcher und Reagan wie sozialistische Softies aussehen - dennoch: SAP ist der einzige Ausweg aus der Wirtschaftsmisere. Wenn auch ein extrem harter. Der orthodoxe Reformkurs geht auf Kosten der Bevölkerung. Bei den Menschen in Sambia steht SAP für „satana ale pano“. Das ist Njanja, eine der Hauptsprachen Sambias, und bedeutet: Der Teufel ist in unserer Mitte. Ihre Lebenserwartung ist von 54 Jahren (1987) auf 42 Jahre gefallen und damit heute genauso niedrig wie 1964, als Sambia unabhängig wurde.

Die Kindersterblichkeit ist die zwölfthöchste der Welt, die Hälfte aller Grundschul Kinder geht unregelmäßig oder überhaupt nicht zur Schule, die Armut, speziell auf dem Land, wächst. Eine vernünftige Geld- und Finanzpolitik ist eine notwendige Bedingung für die Entwicklung eines Landes. Aber sie ist nicht ausreichend. Sie kann ein Land nicht entwickeln. Dazu braucht es ausgebildete, gesunde Menschen. Und das kann die sambische Politik derzeit nicht liefern.

Vom Enthusiasmus der ersten Jahre ist viel verfliegen. Auch Chiluba hat keinen guten Ruf mehr. Mit einem durchsichtigen Manöver hat er bei der zweiten freien Wahl 1996 seinen Hauptkonkurrenten Kenneth Kaunda von der Kandidatur ums höchste Amt ausgeschlossen. Präsident kann seitdem nur werden, wessen Eltern schon in Sambia geboren sind. Kenneth Kaundas Eltern sind aus Malawi, dem kleinen Nachbarstaat in Sambias Osten, den es in dieser Form aber auch erst seit 1964 gibt und der von 1953 bis 1963 sogar eine zentralafrikanische Föderation mit Sambia (damals Nordrhodesien) und Zimbabwe (Südrhodesien) bildete. Die Privatisierung verläuft schleppend, die Wirtschaftsreformen scheinen zum Stillstand gekommen zu sein. Chiluba hat das Schicksal vieler afrikanischer Machthaber ereilt: die Metamorphose eines engagierten, demokratiebewußten, änderungswilligen Politikers zu einem korrupten und machthungrigen Präsidenten. So sieht es jedenfalls von außen aus. Allerdings gibt es auch Stimmen, die behaupten, daß man Chiluba mit einem solchen Urteil unrecht tut. Er, der eigentlich nur als Marionette alter Machthaber gedacht war, hat seine Fäden durchgeschnitten und Anfang der 90er Jahre so schnell die Reformen eingeleitet, daß sie zu Tatsachen wurden, ehe die Bürokratie die Reformen verwässern konnte. Inzwischen hat sich jedoch die alte Garde wieder soweit formiert, daß sie jedem Politiker dicke Felsbrocken in den Weg legen kann. Der Kopf wurde ausgetauscht, der bürokratische Unterbau ist der gleiche wie in alten Zeiten. Ein grundsätzliches Problem.

Dennoch ist ein Wandel spürbar. Die vorgegebene Richtung läßt Handel entstehen. Zum einen den halbwegs organisierten Handel auf den Märkten der Stadt. Der Soweto-Market im Zentrum ist einer Aneinanderreihung Hunderter von Ständen. Hier verkaufen Frauen Maismehl, Kapenta (sardinartige, getrocknete Kleinfische), Fleisch, Obst, Gemüse. Junge Männer mit coolen Sonnenbrillen versuchen Musik-Cassetten an den Mann zu bringen; dann gibt es die Stände mit den europäischen Altkleidern und die mit den aus Zimzim (Zimbabwe) importierten Turnschuhen. Und natürlich die Garküchen. In riesigen Töpfen rühren sambische Frauen das traditionelle Gericht an: Nshima. Ein Brei aus weißem Maismehl von einer eher zähen Konsistenz. Zusammen mit einer Soße, etwas Kohl und einem Stück Fleisch ist dieses Gericht das Hauptnahrungsmittel der meisten **Sambier**. Oft ist es das einzige Gericht des Tages. Das Nshima wird dabei in der Hand zu kleinen Bällchen gedreht, die man dann in die Soße tunkt. Es macht satt. Hat allerdings kaum Nährwert - was gerade auf dem Land die Hauptursache für 42 Prozent fehlernährter Kinder ist.

Und dann ist da der spontane Handel, der ohne Standgebühren und sorgfältig zusammengezimmerten Hütten auskommt. Auf den Straßen der Hauptstadt Lusaka tummeln sich von Tag zu Tag mehr von ihnen, von den Tuntamba, den fliegenden Händlern mit kleinen, selbstgebauten Tischchen und Bauchläden; und von den callboys, die sich nicht einmal einen eigenen Stand leisten können und von den Autofahrern mit dem charakteristischen „ksssssss“ herbeigerufen werden, einem Zischlaut, der in Europa genau das Gegenteil bewirken würde. Die Jungs verkaufen alles, was ihnen irgendwie in die Finger fällt. Offensichtlich gibt es dabei gewisse Zyklen. So versuchen sie den Autofahrern in der einen Woche Nagellack anzudrehen, in der nächsten sind es dann kleine Schachspiele und die Woche darauf vielleicht Geschirrhandtücher oder Steckdosenleisten. Die ganze Zeit über im Angebot sind Uhren, Musik-Cassetten, Briefumschläge und Bonbons. Nicht alle Sambier begrüßen diese Entwicklung. Die Times, eine der beiden staatlichen Zeitungen, beklagte jüngst die Transformation der *mishanga* boys, also der einfachen Zigarettenverkäufer, zu einer Masse *unlizensierter* Händler, die keinerlei ethischen Grundsätzen folgen würden. Im täglichen Überlebenskampf fällt es allerdings auch schwer, ethische Grundsätze aufrecht zu erhalten. Wichtiger ist es dann, Geld zu verdienen. Will man den Händlern das verwehren, greifen sie zu radikaleren Mitteln.

Kampf und Kommerz: Händler erobern die Straße

Aufstand. Kampf. Chaos. Wütende Händler haben die Innenstadt Lusakas in Beschlag genommen. Sie sind auf der Straße, fordern ihre Rechte ein und ihr Eigentum, an diesem Mittwoch, dem 13. August 1997. Die deutsche Botschaft warnt: „Fahren Sie heute nicht in die Stadt. Meiden Sie den Stadtkern. Die Straßenhändler rebellieren.“

6.00 Uhr am Mittwoch morgen. Die Händler des Soweto *Markets* stehen hilflos vor dem, was am Vortag noch das ihre war. Ihre Stände sind vernichtet, verbrannt, die Polizei läßt sie nicht einmal durch, um die leise vor sich hin kohlendenden Reste näher zu begutachten. „Es reicht! Wir marschieren zum State House“, brüllt einer von ihnen. Zum Regierungssitz von Präsident Chiluba wollen sie, zu dem Mann, der sich um sie kümmert. Der sogar eigens eine Unterabteilung im State House für die Straßenhändler geschaffen hat. Die Straßenhändler sind seine Kinder und ein wesentlicher Teil seiner Machtbasis. Der ehemalige Gewerkschafter hat nicht viele gesellschaftliche Gruppen, auf die er bauen könnte. Und dennoch soll seine Geheimpolizei in der Nacht die Stände abgefackelt haben.

Die Regierung gibt die Schuld an dem Brand der Opposition, erklärt aber gleichzeitig, daß der Soweto Market ein Gesundheitsrisiko darstellt und das schöne Stadtbild verdirbt. Vor wenigen Tagen hat der New City Market seine Tore geöffnet. Ein schönes Gebäude, eine gelungene Architektur, von oben betrachtet sehen die neuen Einkaufshallen aus wie ein moderner

Bahnhof, gehalten in Stahl und blau und weiß. Der neueste, größte, ertragreichste Marktplatz ganz Afrikas soll hier entstanden sein. So jedenfalls Bennie Mwiinga, der Minister für Regionalpolitik und Wohnungsbau. Die sambische Regierung versuchte mit dem Bau dieser Markthalle mehrere Probleme gleichzeitig in den Griff zu bekommen. Zum einen will man eine moderne Infrastruktur für Handel schaffen, weg von den unübersichtlichen Klitschen des Soweto Markets. Und dann geht es natürlich um den Kampf gegen die Cholera. In jedem Jahr, zu Beginn der Regenzeit, sterben Hunderte Sambier unbemerkt von der Weltöffentlichkeit an dieser Krankheit. Einer der Gründe: Die Märkte unter dem freien Himmel haben weder Müllhalden, Abwassersysteme oder gar Toiletten. Stattdessen hat jeder neben seinem Stand eine kleine Ecke, wo all das hinkommt, was sich nicht verkaufen läßt. Von vergammelten Tomaten über Innereien geschlachteter Hühner bis hin zu den natürlichen Bedürfnissen eines jeden Verkäufers. Mit Beginn der Regenzeit schwemmt der Regen vieles davon ins Grundwasser - und schon ist wieder die Cholera ausgebrochen. Der New City Market soll dem abhelfen. Die Stände sind schön sauber nebeneinander aufgereiht (Standmiete: zwei bis drei Mark pro Tag), es gibt Toiletten und Waschräume (pro Benutzung 30 Pfennig), sogar Kühlanlagen wurden installiert.

Der New City Market gehörte zu Chilubas Wahlprogramm 1991. In den sechs Jahren bis zur Eröffnung hat sich aber die Zahl der Händler vervielfacht. Es gingen Gerüchte, daß außerhalb dieses Marktes niemand mehr Handel treiben dürfte. Aber der Markt ist viel zu klein für die Massen von Straßenhändlern. Die Standplätze sind weit im voraus vergeben. Und die Händler bangen um ihre Existenz. Als dann noch ihre Hütten auf dem Soweto-Market abgefackelt werden, reicht es ihnen. Sie protestieren. Mit Gewalt. Freier Handel für alle. Liberalisierung auch für die kleinen! Yapyala lelo - der Kampf hat begonnen. Auf dem Weg zum Präsidentenpalast am anderen Ende der Innenstadt schließen sich die Tuntemba an, die fliegenden Händler der Straße. Vor drei Nächten brannten ihre Stände. Als sich die Händler der Cairo Road, der Hauptverkehrsstraße Lusakas nähern, stehen ihnen paramilitärische Polizeieinheiten in voller Kampfausrüstung gegenüber. Die Händler weichen aus und treffen nur wenig später auf junge Uniformierte, Rekruten der Lilayi Police Training School, denen die Angst ins Gesicht geschrieben steht. Die Polizei schießt in die Luft, wirft Tränengasbomben, es gelingt ihr zunächst die Aufständischen zu stoppen. Aber die wütenden Händler lassen sich nicht lange aufhalten.

Verkehrshinweise und Pressefreiheit

Direkt vor dem Gebäude vom erfolgreichsten Radiosender der Stadt, Radio Phoenix, eskaliert der Konflikt. Es kommt zu Kämpfen zwischen Polizei und Händlern. Die Bilanz am Ende des Tages: Ein Toter, Dutzende sind

verletzt, so genau will sie keiner zählen. Und Radio Phoenix berichtet. Live aus dem 19. Stockwerk des Tower of Power. Von hier aus geht der Blick über die ganze Stadt und ~~darüberhinaus~~. Von hier aus sehen die Nachrichtenredakteure, aus welcher Richtung die Straßenhändler anrücken, und wie lange es dauern wird, bis sie auf die Polizei treffen. Von hier aus warnen die Moderatoren davor, in die Stadt zu fahren. Sie arbeiten eng mit der Polizei zusammen, sorgen dafür, daß der Konflikt aus Unwissenheit nicht noch stärker eskaliert. Die jungen Journalisten, kaum einer von ihnen ist über 30, können sehen, welche Ausfallstraßen noch frei sind und teilen das jedem Autofahrer über Radio mit. Sie selbst sind gefangen in ihrem Turm der Macht. Sind dem Tränengas, das übereifrige Polizisten in die Fahrstuhlschächte gefeuert haben, ausgesetzt. Nancy, die Chefreporterin, ist draußen. Mittendrin. Voller Leichtsinn und blind vor Tränen. Aber sie kann berichten, was auf der Cairo Road vor sich geht. Und sie ist stolz auf ihre Arbeit. Ebenso wie der Rest der Crew. Das hier, das ist der Grund dafür, daß sie Journalisten geworden sind. Unterbezahlt, überarbeitet, mit einem unglaublich schlechten Image. Aber stolz darauf, etwas zu bewirken. Stolz darauf, der Gemeinschaft etwas zurückgeben zu können. So drückt es Errol Hickey aus, der Gründer und Besitzer von Radio Phoenix.

Neben einem Kirchensender ist Radio Phoenix der einzige, unabhängige Radiosender in Sambia. 1996 ging er auf Sendung, heute arbeiten hier 43 Mitarbeiter und sorgen für das Programm auf 89.5 FM. Jeden Tag von sechs bis 24 Uhr. Errol Hickey ist einer der Männer, die die Wirtschaftsreform als ihre Chance ansehen. „Mit der Liberalisierung sollten wir die Möglichkeit haben, all das zu tun, was uns vorher verboten war, und da dachte ich, daß es eine gute Idee sei, eine Radio-Station aufzubauen. Wissen Sie, in Afrika ist es keine Selbstverständlichkeit, ins Radio-Geschäft einzusteigen.“ Hickey ist Ende 40, ein Mann mit wachen Augen. Er strahlt Erfolg und Selbstbewußtsein aus, wie er da entspannt hinter seinem Schreibtisch sitzt. Neben dem Interview nimmt er Anrufe entgegen, verhandelt über technisches Gerät. Ein harter Verhandlungspartner. Er kennt die Preise und hat das nötige Selbstbewußtsein, sich durchzusetzen. Nachdem er sich eine Zigarette angezündet hat, wirft er das Streichholz mit einer nachlässigen und doch sehr bestimmten Geste in den Papierkorb. Das Streichholz wird es nicht wagen, irgendwoanders hinzufallen als in den Papierkorb. „Wirkliche Schwierigkeiten hatten wir beim Aufbau von Radio Poenix nicht“, erzählt er. „Die Regierung stand hinter uns.“ Und warum hat man Radio Phoenix dann vor kurzem verboten, die Nachrichtensendung von BBC International zu senden? Angst vor zuviel Kritik aus dem Ausland? Hickey weiß keine echte Antwort darauf: „Vielleicht meinte die Regierung, daß manche Kritik von BBC ungerechtfertigt gewesen ist. Als ich im Vorfeld die Sendelizenz beantragt hatte, hatte ich gesagt, daß etwa 20 Prozent unseres Programms ausländisches Radioprogramm sein würde. Und als dann nichts zurückkam, dachte ich, das sei okay. Ich meine, wir sind schließlich liberalisiert und demokratisch!“ Also ist er der Überzeugung, daß in Sambia Pressefreiheit existiert? Pause. „Ja, bis zu einem

gewissen Grad gibt es hier Pressefreiheit." Und solange Radio Phoenix sich vor allem mit lokalen Nachrichten, Impfprogrammen, Verkehrshinweisen und der Organisation von Rollstühlen für Behinderte beschäftigen wird, braucht Hickey auch keine Angst davor zu haben, seine Lizenz wieder zu verlieren. Oder vor die Wahl gestellt zu werden, entweder aus dem Land rauszufliegen oder die Radio Station an einen Freund des Präsidenten zu verkaufen. Wie es einem indischen Unternehmer, der eine neue, sehr kritische Zeitung gegründet hatte, passiert ist. Er hat verkauft.

Heißes Pflaster für Journalisten

Das Feuer frißt sich langsam nach oben. Durch die engen Schächte von Stockwerk zu Stockwerk. Nicht explosionsartig, sondern wie ein gut geplanter Feldzug. Wissend, daß es alle Zeit der Welt hat. Denn die Mitarbeiter von Radio Phoenix, die im obersten Stockwerk ihre Sendung produzieren, können ohne Hilfe von außen nicht entkommen. Die Fahrstühle sind nur eine schnellere Art zu sterben. Das enge, schlecht beleuchtete Treppenhaus ist undurchdringlich, voller Qualm. Noch ist die Luft oben, im 19. Stockwerk, atembar. 17.00 Uhr. Die meisten Menschen haben den Tower of Power bereits verlassen. Feierabend. Glück gehabt. Elf Mitarbeiter von Radio Phoenix warten auf ihre Rettung. In einem Gebäude ohne Feuerlöscher, Notausgänge, Brandtüren. In einem Gebäude, bei dem bei der Errichtung niemand danach fragte, wie feuersicher die einzelnen Materialien wohl seien. In einem Gebäude, in dem der Sicherheitswahn dazu führt, daß das Treppenhaus im Erdgeschoß verriegelt ist und die Feuerwehrleute eine Stunde brauchen, um das Schloß zu knacken. Nur um dann festzustellen, daß ohne Atemschutz kein Durchkommen ist. In einer Millionenstadt, in der die Feuerwehr den technischen Standard einer Kleinstadt hat. Der Löschschlauch reicht nur bis zum neunten Stockwerk. Aber das Feuer breitet sich vom elften immer weiter aus. Vor dem Gebäude versammeln sich die Schaulustigen, sehen, wie die Flammen zunächst aus dem elften Stockwerk durch die Fenster schlagen und sich dann Etage für Etage erobern. Errol Hickey, der Besitzer von Radio Phoenix, steht über Handy mit seinen Mitarbeitern in Kontakt, versucht, sie zu beruhigen, ihnen die Angst zu nehmen. Es wird schon alles gut. Seine Stimme zittert, in den Augen liest jeder der Umstehenden die Panik. Er kann nichts für seine Leute tun. Jeder, in dieser großen, wahnsinnig schick eingerichteten 19. Etage, in dem Großraumbüro, in dem Sendestudio, in der Technik, muß mit seinen Ängsten selbst fertig werden. Die Panik schleicht sich langsam nach oben. Schnürt den Hals zu und läßt kaum noch klares Denken zu. Elisabeth Pemba, die Geschäftsführerin mit reichlich Selbstbewußtsein und der Ausstrahlung, schon viel übleres überstanden zu haben, redet auf ihre Leute ein. Um 20.30 Uhr endlich eine gute Nachricht: Die Sambische Brauerei soll angeblich Atemschutzgeräte haben. Masken, mit denen alle das Trep-

penhaus passieren könnten, das dank reichlich Betons noch nicht in Flammen steht. Es wird 21.00 Uhr, das Feuer hat die 17. und 18. Etage bereits erobert, als endlich paramilitärische Einheiten bis in den 19. Stock vordringen. Abgesehen von Rauchvergiftungen überstehen alle elf Mitarbeiter das Inferno unverletzt. Das Society House brennt noch in derselben Nacht komplett aus und vernichtet damit auch die gesamte Ausrüstung von Radio Phoenix. Bis auf die beiden Satellitenschüsseln auf dem Dach, der Teetasse samt Untertasse von Elisabeth Pemba und einem Plastikstuhl.

Die Ursachen für den Brand werden nie aufgeklärt. Aber schon in derselben Nacht spekuliert ganz Lusaka, was wohl für dieses Feuer der Grund gewesen sein könnte. Es hat viel gebrannt in der Stadt in den vergangenen sechs Wochen. Zuerst im Cabinet Office: Ein Feuer vernichtete eine Menge Akten, unter anderem die vom Public Service Reform Programm, einem Programm, das sich zum Ziel gesetzt hatte, den öffentlichen Dienst effizienter und schlanker zu machen. Als nächstes brannten die kleinen Stände der Tuntemba, der fliegenden Händler und nur drei Tage später der Soweto Market - der Brand, der zu den Aufständen führte. Aber warum nun der Tower of Power? Die offizielle Verlautbarung war: Kurzschluß in einem der elektrischen Geräte in den Büroräumen im elften Stock. Die Büroräume gehörten der Prudence Bank, einer Privatbank, die nur eine Woche später wegen Liquiditätsproblemen von der Zentralbank übernommen und dann geschlossen wurde.

Die Prudence Bank ist seit 1995 bereits die fünfte Bank, die die Zentralbank schließen mußte. Der spektakulärste und für Sambia schwerste Zusammenbruch war der Bankrott der Meridien BIAO Bank, die das ihr anvertraute Kapital in Westafrika verspekuliert hatte. Die Zentralbank versuchte, die Bank zu retten und intervenierte mit 70 Millionen Dollar - angeblich nur, um einigen prominenten Gläubigern, vor allem Politikern der Regierungspartei, den Rückzug ihrer Einlagen vor dem unvermeidlichen Kollaps der Bank zu ermöglichen. Der Rettungsversuch war vergeblich, die meisten kleinen Leute verloren ihr Geld. Als nächstes mußte die African Commercial Bank verkünden, daß sie leider ihre Verpflichtungen gegenüber den Anlegern mit Guthaben bei ihr nicht mehr erfüllen konnte, dann war es die Commerce Bank und 1996 die Export and Import Bank. Und nun also die Prudence Bank. Unkontrollierter Wildwuchs? Nicht ganz. Es gibt mehr als 20 Banken in Lusaka, Tendenz steigend. Darunter sind Banken wie die englischen Kreditinstitute Barclays und Standard Chartered und die südafrikanische Stanbic Bank. In Sambia gibt es seit der Liberalisierung keinerlei Kapitalverkehrskontrollen mehr, das heißt, jeder kann sein Geld ins Land bringen, investieren und die Gewinne wieder mitnehmen. Sambia hat das liberalste Kapitalgesetz der Subsahara. Was natürlich dazu führt, daß eine Bank nach der anderen entsteht, oft nur als Waschsalon für schmutziges Geld. Und in manchen Fällen auch nur als Idee eines Laien, der eine gute Geschäftschance wittert, ein Bankschild nach draußen hängt und mal guckt, ob er damit nicht irgendwie Geld machen kann. Aber diese Extremfälle werden weniger. Die Gesetzgebung

greift langsam, es sind Mindesteinlagen bei der Zentralbank nötig, um überhaupt eine Bank eröffnen zu können - die freie Marktwirtschaft spielt sich ein.

Die Bank of Zambia (BoZ), die Zentralbank Sambias, ist einer der großen Stabilitätsfaktoren des Landes. Ihr ist es gelungen, die Inflationsrate von mehr als 200 Prozent im Jahr 1991 auf 15 Prozent für das Jahr 1997 zu drücken. Ihr Gouverneur ist Jakob Mwenza, ein Volkswirt, der unter anderem in Münster studiert hat. In den 70er und 80er Jahren war er Vize-Kanzler an der University of Zambia, Ende der 80er Jahre arbeitete er als Staatssekretär im Finanzministerium, ging dann als Wirtschaftsberater für den Internationalen Währungsfonds nach Sierra Leone und kam nach der politischen Wende in Sambia im Auftrag des Internationalen Währungsfonds als Wirtschaftsberater der sambischen Regierung zurück nach Lusaka. Als er im Rahmen des üblichen Rotationsverfahrens von dem IWF nach Harare versetzt werden sollte, machte ihm die sambische Regierung das Angebot, die Zentralbank zu leiten. Er nahm es an.

„Der Kampf gegen die Inflation war ein heftiger Kampf“, sagt Mwenza. Als erstes mußte die Gelddruckerei der Regierung gestoppt werden. Das hatte Mwenza bereits als Wirtschaftsberater im Finanzministerium mit veranlaßt. Er führte das „Cash-budget-System“ ein, das heißt, die Regierung durfte kein Geld ausgeben, welches sie nicht hatte. Der nächste Schritt war dann eine konsequente, auf Inflationsbekämpfung ausgerichtete Geldpolitik. Die Zentralbank zog große Mengen überschüssiger Liquidität vom Markt, die Kreditvergabe wurde sehr stark eingeschränkt. „Die Kombination von fester Geldpolitik und verantwortlicher Fiskalpolitik führte dann 1996 dazu, daß die Regierung einen Überschuß von zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftete“, berichtet Mwenza. „Ein großer Erfolg! Sie wissen ja selbst, wie schwer es für Deutschland ist, das Defizit unter drei Prozent zu halten.“ Zwölf Prozent Überschuß! Und das, obwohl die Geberländer in diesem Jahr wegen Chilbias Wahlmanöver ihre Entwicklungshilfe eingefroren hatten.

Die Zentralbank ist laut Gesetz von der Regierung unabhängig. Allerdings geht diese Unabhängigkeit nicht so weit wie bei der Bundesbank. Der politische Einfluß ist vorhanden: Der Finanzminister bestimmt den Chef der Zentralbank und in Konfliktfällen zwischen Zentralbank und Finanzministerium hat die Regierung das letzte Wort. Mwenza: „Aber bislang hatten wir solche Konflikte noch nicht.“ Und der Rückgang der Inflation spricht für sich. Das Ziel für 1998: einstellige Inflationsraten. „Die Inflation ist der Maßstab für unseren Erfolg“, sagt Mwenza. „Wenn es uns nicht gelingt, die Raten nach unten zu drücken, scheitern wir. Den größten negativen Effekt hat Inflation auf die niedrigen Einkommensgruppen. Wenn es uns also gelingt, die Inflation zu bekämpfen, dann bekämpfen wir damit auch die Armut.“

Ist das Schlimmste also vorbei? Mwenza zeigt sich zuversichtlich: „Der Prozeß der Liberalisierung ist nicht mehr rückgängig zu machen. Es gibt mehr und mehr private Investitionen in diesem Land, wir müssen eigent-

lich gar nicht mehr darüber reden, es ist ein sich selbst verstärkender Prozeß. Ich glaube, das Investitionsklima, das vor allem durch die Privatisierung geschaffen wurde, sorgt dafür, daß es mit diesem Land wieder aufwärts geht."

Privatisierung:

Der Staat läßt die Wirtschaft wirtschaften

Lange Flure mit abgenutzten Teppichen, wenig Licht, Menschen, die aneinander vorbeischleichen. Eine Empfangshalle, in der eine uniformierte, dicke Frau steht und das tut, was Empfangsdamen eben so tun: warten was kommt. In einer Ecke stehen ein paar abgesehene, mit schwarzem Kunstleder bezogene Stühle. Die bunten Fahnen vor dem Gebäude sind die einzigen Farbtupfer in diesem postsozialistischem Grau der sambischen Privatisierungsagentur (wie alles in Sambia hat natürlich auch diese eine Abkürzung: ZPA). Schlichte, breite, steinerne Stufen führen ein Stockwerk höher, zum Büro von Ian Fräser, Schotte, Consultant im Auftrag der sambischen Regierung. Sein Büro ist wuchtig und wie mit Samt ausgeschlagen. Im Zimmer eines der wichtigsten Männer des Landes ist die Wirklichkeit eine andere. Von seinem Büro aus wird das Land umgebaut. Alles, was in Zeiten des sambischen Humanismus - der sambischen Form des Kommunismus - nationalisiert und heruntergewirtschaftet wurde, wird nun privatisiert. Die Zambian Privatisation Agency, die ZPA, ist die dafür zuständige „private“ Behörde. Nur drei der zwölf Vorstände werden von der Regierung ernannt, den Rest stellen Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbände, Industrie- und Handelskammer, Universität und sogar die Kirchen. Ian Fräser, von Beruf Banker, ist einer der ausländischen Berater. Er sollte sich zunächst um das Merchant Banking kümmern, wurde aber mit der Zeit zum direkten Berater von ZPA-Chef Valentine Chitalu. Eigentlich steht er kurz vor der Pensionierung, aber der drahtige Mann mit dem starken schottischen Akzent ist dafür viel zu arbeitswütig. Heute verkürzt er seine Mittagspause, um von seinen Erfahrungen bei der Treuhand Sambias zu erzählen.

Die Privatisierung lief schleppend an. In den ersten drei Jahren konnte die ZPA nur 30 ehemalige Staatsfirmen an private Investoren verkaufen. Das waren zudem auch nur kleine, unbedeutende Unternehmen. Also alles nur ein Nepp, um an Gelder der Weltbank zu kommen und vordergründig ihre Auflagen zu erfüllen? Nein. Denn die gesetzlichen Voraussetzungen hatte Chiluba mit seinem Kabinett geschaffen. Aber es standen noch einige Hindernisse im Weg: Der größte Verhinderer des Privatisierungsprozesses war bis zu ihrer Liquidierung 1995 die ZIMCO, die Zambia Industrial and Mining Corporation, eine staatliche Holdinggesellschaft, die naturgemäß ihre Einwände gegen die Privatisierung an sich hatte und reichlich bürokratische Steine in den Weg legte. Zum anderen wollte die ZPA erst einmal

anhand der kleinen Firmen, herausfinden, wo die Schwierigkeiten liegen, und wie der Job am besten zu machen sei, bevor sie sich an die großen Brocken wagt.

1997 kam dann der Durchbruch. 223 Unternehmen hat die ZPA bis Ende des Jahres privatisiert, darunter den größten Teil der Zambian Consolidated Copper Mines (ZCCM), der staatlichen Kupfercompany. 108 Unternehmen stehen zu diesem Zeitpunkt noch zum Verkauf. Es sind vor allem die großen, hoch verschuldeten Brocken wie die staatliche Versicherungsgesellschaft, die Bahn, die Strom- und die Telefongesellschaft, die keine Käufer finden. Die Wahrscheinlichkeit, daß es so bleibt und daß diese Unternehmen deshalb bald vollends liquidiert werden, ist hoch. Denn Schuldenübernahme ist eines der Kriterien, die die ZPA an potentielle Investoren stellt. Und die Negativkonten der großen staatlichen Gesellschaften sind immens. Es sind jedoch keine Investitionsschulden, sondern schlicht und ergreifend Schulden durch Schluderei, **Mißmanagement**, Korruption. Potentielle Käufer müßten Konzern und Schulden übernehmen, würden aber nur Schrott bekommen. Kein Wunder, daß sich keine Investoren finden.

Weitere Anforderungen an die Investoren: Sie sollen so viele Arbeitsplätze wie möglich erhalten, und auch bereit sein, in Zukunft viel zu investieren. Ausländer sind willkommen. Präsident Chiluba: „Mir ist es egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist. Wichtig ist nur, daß sie Mäuse fängt.“ Also kommt nach Sambia, wer das große Geschäft wittert, alte Verbindungen dorthin hat oder einfach ein Zocker ist. Denn Gewinn ist nicht garantiert, wie ein deutscher Unternehmer erfahren mußte, der groß ins Glasgeschäft einsteigen wollte. Unwissenheit, Mißmanagement und wohl auch etwas Pech machten der Kaipiri Mposhi Glasfactory zu schaffen, die derzeit ums Überleben kämpft. „Es sind vor allem die kleinen Unternehmen, die nach der Privatisierung Probleme bekommen“, sagt Ian Fraser. Eine der Hauptursachen ist das Asset Stripping. Wenn eine Gesellschaft davon erfährt, daß sie privatisiert werden soll, verschwinden auf unerklärliche Weise bewegliche Gegenstände, wie Autos, Maschinenteile, kurz: alles was nicht niet- und nagelfest ist. Diese Dinge haben natürlich einen Wert, der in die Bewertung des Unternehmens und damit in den Kaufpreis mit einfließt. Wenn dann der neue Investor anfangen will zu produzieren, kann er das Pech haben, daß nichts mehr da ist, mit dem er produzieren kann. Große internationale Unternehmen haben meist mehr Erfahrung in diesem Bereich und auch mehr Reserven, um unvorhergesehene Investitionen tätigen zu können. Aber einem kleineren, unerfahreneren Unternehmer kann so etwas das Genick brechen.

Für die Arbeitnehmer ist die Privatisierung nicht automatisch ein Jobkiller. Meist ist das Gegenteil der Fall. Zwar ist die Industrie am Boden, es sind keine Produktionsmittel mehr vorhanden, es gab seit Jahrzehnten keine ernsthaften Neuinvestitionen - aber in Sambia wird die Industrie nicht komplett geschliffen. Denn einzelne Branchen sind durchaus noch wettbewerbsfähig, es besteht keine Notwendigkeit, alles aufzulösen.

Stattdessen wird auf Bestehendem aufgebaut. Die Arbeitslosigkeit steigt dadurch nicht signifikant an. Ganz im Gegenteil: War die Privatisierung erfolgreich, werden in vielen Fällen neue Arbeitsplätze geschaffen. Beispiel Handelsbereich: Hier wurden zwar 4 600 Arbeiter entlassen, gleichzeitig aber 5 200 neu eingestellt. Den größten Anteil an diesem Vorgang hatte die südafrikanische Supermarktkette **Shoprite**, die die Kaufhäuser des Landes übernommen hatte. Zunächst übernahm sie alle Mitarbeiter der staatseigenen Kaufhäuser, als sich aber nach einem Jahr herausstellte, daß die Arbeiter so weitermachten wie bisher und der Kunde nur lästig aber nie König war, wurden alle entlassen. Shoprite tauschte die Belegschaft komplett aus - und ist nun eines der **flourierendsten** Unternehmen in Sambia.

Ähnliches wird auf längere Sicht auch für die Kupferminen gelten. Sie sind das Rückrat der sambischen Wirtschaft. 90 Prozent der Exporterlöse erzielt das Land mit Kupfer und Kobalt. 1996 waren hier 42 000 Menschen beschäftigt. Allerdings förderten in den vergangenen Jahren immer mehr Arbeiter immer weniger Kupfer. Während zu Beginn der 70er Jahre noch 720 000 Tonnen Kupfer produziert wurden, waren es im Geschäftsjahr 1996 nur noch rund **300 000** Tonnen. Seit der Verstaatlichung 1972 hatte es weder nennenswerte Ersatzinvestitionen noch irgendwelche Neuerschließungen gegeben. „Wenn man den Bergbau in der jetzigen Größe beiäst, ist es nur logisch, daß Leute freigesetzt werden“, sagt Eckart Hilmer, Berater bei der ZPA in Sachen Minen. „Weniger unter Tage, die Leute dort werden gebraucht, wohl aber in der Bürokratie. Da ist ein immenser Wasserkopf entstanden.“ Hilmer geht allerdings davon aus, daß nach der Privatisierung durch immer neue Explorationsvorhaben wieder neue Arbeitsplätze entstehen. Schließlich besitzt der Kupfergürtel Sambias, in dem Kupfer und Cobalt gefördert werden, die reichsten Vorkommen der Welt.

Wenn im Schacht die Lichter ausgehen

Pitchblack - plötzlich bekommt dieser Begriff eine ganz neue Bedeutung. Unter Tage ist es dunkel, schwarz, heiß und feucht. Minenarbeit - einer der härtesten Jobs dieser Welt. Die Jungs gehen runter und arbeiten acht Stunden, hier, ganz unten, in der Mufulira Mine. Vorher und hinterher gibt es Fanta und heißen Kakao, that's it. Pausen machen können sie zuhause, essen ebenfalls. Der Förderkorb in die Grube ist ein Maschendrahtgeflecht, aber immerhin ist der Boden aus Blech - der Blick ins Nichts bleibt einem erspart. Etwa 20 Leute passen gleichzeitig in diesen Korb, der Fahrstuhlführer hat seine eigene kleine abgetrennte Ecke. Runter **geht's** mit 25 Kilometern pro Stunde, die erste Stufe ist auf 500 Metern, tiefer geht erstmal nicht, weil sonst das Seil zu schwer wird. Die GTZler sind etwas nervös, keiner von ihnen war jemals zuvor in einer Grube. „Aber wir wollen doch

endlich mal sehen, was das Rückgrat der sambischen Wirtschaft ausmacht", sagt einer von ihnen. Eingekleidet in weiße Overalls und Helme - damit wir leichter als Laien zu erkennen sind. Besucher und Chefs tragen weiß, die Mechaniker orange, rot, blau. Vom Liftbereich mit dem Schild: „Welcome to Mufulira, 500 meter“ geht's die Hauptstraße entlang zum nächsten Lift. Der Unterschied zu einem U-Bahnschacht in London besteht darin, daß weniger Leute hier sind - und diejenigen, die hier entlanggehen, es nicht so eilig haben. In der Mitte verlaufen Schienen, die Wände sind aus Granit. Hier wird noch kein Kupfer abgebaut. Wie Hilmer gestern abend erklärte, gehen die Schächte gerade in die Erde, und dann quer auf die eigentlichen Kupfervorkommen zu. Neue Explorationen werden von unten fächerartig vorgenommen. Wir sind also in einem der Zubringerschächte auf dem Weg zum roten Gold. Der Granit ist weiß, die in die Schächte geblasene Luft noch relativ gut. An einer Stelle stehen Ventilatoren, die so stark sind, daß jeder Schritt schwerfällt. Kampf mit den Naturgewalten, **menschengemacht**. Noch ist das Gängesystem überschaubar, erst auf der nächsten Station, auf 1 040 Metern, wird es richtig ernst. Es gibt ein System hinter diesen Zahlen, die dort in regelmäßigen Abständen an die Wand gemalt sind - für den Laien ist es jedoch nicht durchschaubar. Begleitet werden wir von Ian, einem Engländer, der seit 23 Jahren für ZCCM arbeitet. Aus dem zweiten Lift kommen wir in eine große Halle, drei „Toro 400“ Radlader stehen herum, die Fahrzeuge, mit denen das Kupfererz abtransportiert wird. Riesige Frontschaufeln, sechs Reifen, zwei Meter hoch, Raupen des Untergrunds. Wir fahren mit dem kleinen Bruder weiter, ein offener Landrover, umgebaut zum **Besucherpickup**, rote Sitze, jetzt wird auch klar, warum nicht mehr als acht Besucher in die Mine können - dann ist der Wagen voll. Dieselgeruch, Sprengstoff, Gesteinsmehl vom Bohren, es gibt eine Mischung, in der das Atmen schwerfällt.

Dunkelheit. Nur die Lampe, deren Batterie schwer am Gürtel hängt, ist noch Lichtquelle. Vorher, auf dem Hauptweg, liefen Stromkabel durch die Schächte, parallel zu den Luft- und zu den Wasserrohren, alle paar Meter war ein Licht. Elektrizität ist notwendig, schließlich ist hier vieles vom Strom abhängig, Bohrungen, Wasserpumpen, Gesteinsmühlen, Fahrzeugreparatur . . . Aber hier ist nur noch Dunkelheit. Aus dem Dunkeln bewegen sich Lichter auf uns zu. Die Gänge führen irgendwohin, wir nehmen einen dieser Gänge und kommen zu den Sprengvorbereitungen. Schweißnasse Männer bohren kleine Löcher ins harte Gestein, in die dann der Sprengstoff gelegt wird, um wiederum für größere Sprengungen Platz zu machen. Der Geruch beißt. Der Boden ist uneben, es ist anstrengend - schon für uns Besucher. Die Jungs machen den Sprengjob maximal drei Jahre. Wenn sie bis dahin nicht in einen anderen Arbeitsbereich wechseln konnten, sind sie körperlich am Ende.

Die Privatisierung der Kupferminen war und ist eine heikle Angelegenheit. Viele mächtige Interessen sind im Spiel, viele einflußreiche Männer stecken ihre Claims ab. Das Unternehmen, das hier privatisiert werden soll, ist ZCCM, die **Zambian Consolidated Copper Mines**. Ein staatliches **Unter-**

nehmen mit einer Minderheitsbeteiligung (27,3 Prozent) des südafrikanischen Konzerns **Anglo American**. Die Verhandlungen über die Zukunft ZCCMs begannen 1994 mit einer Kienbaum-Studie. Die Wirtschaftsprüfer schlugen vor, den Bergbau riesen in vier Teile zu zerstückeln und dann einzeln zu verkaufen. Dies stieß auf großen Widerstand seitens **Anglo Americans**, die ZCCM als ganzes privatisieren wollten. Der Vorwurf, sie wollten mit aller Macht das Monopol im Kupferbergbau besitzen, wiesen sie zurück. Ihnen ginge es vor allem um eine zügige Privatisierung, um möglichst schnell wieder produktiv arbeiten zu können. Sie hätten keineswegs die Absicht, ein Monopol aufzubauen, sondern würden sich mit den anderen großen Bergbaukonzernen jeweils Anteile an der Company, in Form von Aktienbesitz sichern. **Anglo** stellte sich also quer, als Ganzes konnte die sambische Regierung ZCCM aber auch nicht verkaufen - dem standen die Auflagen der Weltbank entgegen, die auf eine wettbewerbsorientierte Schlüsselindustrie drängte. Stillstand.

Zwei Jahre später verständigten sich alle Seiten auf eine neue Studie, die Rothschild-Studie. Diese sah vor, ZCCM in neun Pakete aufzuteilen und auf dem Markt anzubieten. **Anglo** stimmte dieses Mal zu. Denn im Gegenzug erhielt der Konzern das exklusive Recht, Wirtschaftlichkeitsstudien für die neu zu erschließende Mine Konkola Deep und den Mufulira Schmelzofen durchführen zu dürfen. Was nichts anderes heißt, als das sie genau diese Teilbereiche bekommen werden. Offiziell bekam **Anglo American** zwar erst im Februar 1997 in einem Memorandum of **Understanding** nach langen Verhandlungen diese Exklusivitätsrechte. Wie aber aus einem vertraulichen Dokument hervorgeht, reservierten Regierung und ZPA die Konkola Deep Mine und den Schmelzofen bereits im September 1996 für den südafrikanischen **Multi**.

„Nein, nein, nein. Das ist komplett gelogen“, streitet Ronnie Peiris, der Finanzdirektor von **Anglo American** in Sambia, sämtliche Gerüchte ab. „**Anglo** würde niemals ‚Ja‘ zu einer Sache sagen nur wegen eines **deals**. Niemals. Denn wenn Sie versuchen, so in Sambia zu arbeiten, dann sind Sie verloren. Sobald Sie ein Geschäft machen, das auf einem Gefallen basiert, können Sie ihre ganzen Geschäfte hier vergessen.“ Peiris möchte die Zustimmung zur Rothschild-Studie als Imagewerbung und Eigeninteresse verkaufen. „Natürlich hätten wir uns gegen die Rothschild-Studie stellen können“, sagt er, „aber das wäre dann auf Kosten Sambias gegangen. Und wir haben hier so viele Investitionen laufen, wir können es uns nicht erlauben, daß die Wirtschaft Sambias den Bach runtergeht.“ **Anglo American** besitzt zu 92 Prozent das neu renovierte **Holiday Inn**, außerdem große Teile der Sambischen Brauerei, die Mehrheit an der National Milling Company, und ist an mehr als 30 weiteren Firmen beteiligt, von Financial Service über Pharma bis hin zu Frachtunternehmen und Zuckerproduktion.

Den südafrikanischen Konzern **Anglo American** verbindet eine lange Tradition mit Sambia. Seit 64 Jahren investiert er in diesem Land. Wissend, daß ihre koloniale Vergangenheit nicht immer glorreich war, versuchen sie jetzt, an ihrem Image zu feilen. Und sie investieren. Allein für Konkola

Deep sind Investitionen in Höhe von 800 Millionen US-Dollar vorgesehen - eine Menge Geld für Sambia, einem Land, in dem das Bruttosozialprodukt (BSP) 1996 bei weniger als vier Milliarden US-Dollar lag und die 800 Millionen demnach 20 Prozent des jährlichen BSP ausmachen würden. Die Investitionen für den Bereich außerhalb der Minen lagen in den vergangenen zweieinhalb Jahren bei 72 Millionen US-Dollar - immerhin auch noch zweieinhalb Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts.

Einer der größten Brocken von ZCCM, die *Nchanga/Nkana* Division wurde im vergangenen Oktober verkauft. Käufer war das Kafue Konsortium, ein Zusammenschluß US-amerikanischer, kanadischer, britischer und südafrikanischer Bergbaufirmen. Die ZCCM ist damit zu 70 Prozent in privaten Händen. 160 Millionen US-Dollar bot das Konsortium, die ZPA wollte eigentlich 300 haben. Man einigte sich irgendwo in der Mitte. Der genaue Kaufpreis wurde allerdings geheimgehalten. Es war das alte Problem mit der Bewertung, das schon im Vorfeld immer wieder für Ärger gesorgt hatte. So hatte zum Beispiel die Rothschild-Studie das gesamte *ZCCM-Konglomerat* auf 1,4 Milliarden Dollar geschätzt, Eckart Hilmer, der Berater der Privatisierungsagentur ZPA in Fragen des Bergbaus, kam in einer internen Studie auf das Doppelte, ZCCM selbst bewertete sich mit 6,4 Milliarden Dollar. Die Regierung wollte aber mit der Privatisierung nicht nur hohe Investitionen und den Erhalt vieler Arbeitsplätze, sondern war vor allem an Cash interessiert. Nur: Niemand wollte richtig Kohle in den Konzern investieren, denn der Kupferkonzern war zu dieser Zeit mit mehr als einer Milliarde Dollar verschuldet - und jeder Tag, an dem das Konglomerat nicht privatisiert wurde, kostete weitere 50000 Dollar.

Aber die ZPA hatte keine Handhabe, die Privatisierung von ZCCM zu beschleunigen. Lange Zeit ging sie sogar komplett an ihr vorbei. Präsident Chiluba hatte eine eigene Verhandlungsgruppe eingesetzt, an deren Spitze Francis Kaunda stand, ein Mann, der 15 Jahre lang ZCCM geleitet hatte. Kaunda hatte zwar zum einen ein unbestreitbares Fachwissen über ZCCM, zum anderen aber auch gewisse Interessen daran, als erstes seine eigenen Schäfchen und die von Familie und Freunden ins Trockene zu bekommen. Und *Anglo American* konnte es nur recht sein, wenn sich Verhandlungsgruppe und ausländische Investoren nicht einigen konnten. Denn wäre ZCCM erstmal bankrott, würden Banken und Geberländer kein Geld mehr nachschießen, dann hätte der Minderheitsaktionär *Anglo American* die *Zambian Consolidated Copper Mines* billig übernehmen können. Aber auch das sind wieder nur Gerüchte, die laut Finanzmanager Peiris vor allem dadurch bedingt sind, daß viele Leute glauben, *Anglo* sei zu groß, zu allumfassend und würde bald das ganze Land beherrschen. „Fakt ist, genau diese Leute wären sehr, sehr enttäuscht, wenn *Anglo Sambia* verlassen würde.“

Das Minengeschäft ist eines der Weltgeschäfte, in denen nationale Monopole keine Rolle mehr spielen. Schließlich wird die Ware Kupfer auf dem Weltmarkt gehandelt, und der Weltmarkt bestimmt den Preis. Solange

es noch genügend Anbieter auf diesem Markt gibt, ist die Monopolstellung eines Unternehmens in einem Land irrelevant. Außer, man möchte die Gewinnmöglichkeiten an einem Gebiet auf mehrere Unternehmen verteilen. Oder man möchte dafür sorgen, daß die Arbeiter nicht nur bei einem einzigen Unternehmen anheuern können und dort - aufgrund der nationalen Monopolstellung - eine schlechte Position haben. 6 300 Arbeiter sind derzeit in der Mufulira Mine beschäftigt. Und denen ist es egal, ob ihr Boß Monopolist ist oder nicht. Die Alternative für sie lautet: Arbeitslosigkeit. Denn die Männer, die hier arbeiten, haben schlechte Chancen, daß ihre Mine einen Käufer findet. Ohne den Schmelzofen - für den **Anglo American** besagte Zusage bekam - ist die Mine wertlos. Die Kosten für die Produktion liegen bei rund einem Dollar pro englischem Pfund, der Weltmarktpreis pendelt zwischen 80 und 90 Cents, Tendenz fallend. Kupfererz ist noch in einer Größenordnung von 50 Millionen Tonnen vorhanden, mit einem Kupferanteil von zwei bis 2,5 Prozent. Aber der Abbau ist teuer. Denn Mufulira ist eine der ältesten Minen im Land. Seit 1943 wird hier nach Kupfer gegraben. Die ertragreichen, oberen Schichten sind schon lange weg. Um an das Metall zu kommen, muß man immer tiefer buddeln, was den Abbau teuer macht. Selbst wenn einer der großen Konzerne noch für ein, zwei Jahre nach Kupfer graben würde, ein Ende ist absehbar. Bergbauschicksal.

Kleine Börse, große Ziele

Fröhliche, geschäftige Menschen lachen den Besucher von dem Wandbild mit Regenbogen an. Das Logo in Landesfarben rot, grün, kupfer strahlt von der nächsten. „**LuSE**, Willkommen bei der Lusaka Stock Exchange; Handelsplatz seit dem 21. Februar 1994, offiziell eröffnet von Frederick Chiluba, Präsident der Republik von Sambia.“ Die Börse. Ein ruhiges Plätzchen in der Mitte Lusakas. Selbst in den Handelsstunden bleibt die Stimmung entspannt. Keine schreienden Händler, keine aufgeregten Makler - Computerbörse. Das Geschehen entzieht sich der realen Welt. Und die Geschäfte ebenfalls.

Neun Unternehmen werden derzeit an der sambischen Börse gehandelt. Der Bergbaukonzern ZCCM ist der größte und teuerste, der hier zu haben ist. Aber der wird ja außerdem auch noch an der Londoner Börse gehandelt. Der interessierte Anleger kann sein Geld an Sambias Börse außerdem noch in Zement, Zucker, Zigaretten (Rothmans of **Pall Mall**) oder in Schuhe (Bata Shoe Company) und Banken investieren. Charles Mate, Manager der Börse, wirbt um ausländische Investoren: „Wir sind der einzige Markt in Afrika - so weit ich weiß - der für ausländische Investoren keinerlei Beschränkungen hat. Wir haben keine Kapitalverkehrskontrollen, das heißt, jeder, der hier Geld investiert hat, kann es jederzeit wieder aus dem Land bringen. Investoren können soviel in eine Firma investieren, wie sie

wollen, es gibt keine Obergrenzen für ausländische Beteiligungen. Auf Kapitalgewinne erhebt Sambia keine Steuern und die Gebühren für den Handel hier sind völlig verhandelbar." Auch die Informationslage ist relativ gut. Jedenfalls ist sie modern. Über www.zamnet.zm kann sich jeder im Internet über die Börse informieren. Die britische Barclays Bank ist der Zwischenhändler und dank des Securities Act von 1993 ist der Rahmen für freien, aber gesetzlich abgesicherten Handel geschaffen. „Es gab keinerlei Finanzskandale in unserer Geschichte“, betont Mate. Der haus-eigene **LuSE-Index** hat im vergangenen Jahr 140 Prozent gewonnen. Klingt ja alles gar nicht so schlecht. Das Preisfindungsverfahren der ersten Jahre scheint größtenteils abgeschlossen zu sein. In den ersten zwei Jahren waren die Kurse ziemlich hoch, 1996 kam ein tiefer Fall, 1997 stabilisierten sie sich wieder. „Die Händler haben jetzt mehr Erfahrung mit der Bewertung. Aber es kommen immer noch Leute, die ihr Unternehmen an die Börse bringen wollen und möchten zum Beispiel 100 **Kwacha** für ihre Aktien, die höchstens 20 wert sind. Und wenn wir sie dann fragen, warum sie sich diesen Preis vorgestellt haben, dann sagen sie, oh, ich möchte ein Haus bauen. Oder: Ich möchte ein Auto kaufen.“

Das eine Problem afrikanischer Börsen ist die fehlende Liquidität. Es nützt einem Investor nämlich gar nichts, wenn er auf dem Papier tolle Kursgewinne verzeichnen kann, dann aber für seine Aktien keinen Käufer findet. „Die Zahl der tatsächlich durchgeführten Handelsgeschäfte ist für uns eine wichtige Kennziffer“, erklärt Mate. Im Mai 1997 waren es 147, im September 393 und im Dezember 507 Transaktionen. Wer allerdings keine guten Kontakte in afrikanische Länder hat, sollte die Finger von der Börse lassen. Denn die meisten Geschäfte werden im Vorfeld klargemacht. Die Börse vollzieht nur noch, ist aber nicht der eigentliche trading **floor**. Dafür ist die Wirtschaft noch zu überschaubar.

Das zweite Problem ist die Ungewißheit über die politische und wirtschaftliche Zukunft in Afrika. Mate: „Ich bin sehr zuversichtlich, daß unser Erfolg im Sambia von Dauer sein wird. Allein wenn man unsere Stärke in der Kupferindustrie betrachtet: Wir sind der Hauptproduzent von Kupfer weltweit. Außerdem haben wir einen Wettbewerbsvorteil in unserer Landwirtschaft. Denn in der Regel haben wir genug Regen. Und eine funktionierende Landwirtschaft kurbelt das Wirtschaftswachstum insgesamt an. Die regionale Integration im südlichen Afrika schreitet voran, diese Region wird immer interessanter für ausländische Investoren. Das südliche Afrika ist das Süd-Ost-Asien der Zukunft!“

Damit zeigt Mate auch einen neuen entwicklungspolitischen Ansatz auf. Weg von der Gießkannen-Hilfe, hin zu **Sonderwirtschaftszonen**. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind dafür gegeben. Ärgerlich nur, daß sich die Länder im südlichen Afrika noch nicht einmal auf eine einheitliche Zollpolitik einigen konnten. Denn so zieht Sambia in der Regel den kürzeren. Es ist billig, nach Sambia zu exportieren, aber teuer für sambische Unternehmen, das gleiche in die Nachbarländer zu tun. Der Reifenhersteller Dunlop hat seine Fabrik in Sambia bereits geschlossen, zu unrentabel. Die

sambischen Supermärkte wurden mit billigem Mehl aus Südafrika förmlich zugeschüttet - die inländischen Mühlen können mit den Dumping-Preisen nicht mithalten. Auf Betreiben namenhafter Mühlenbesitzer erließ das Wirtschaftsministerium einen totalen Importstopp für Mehl. Ähnliches forderten Politiker bereits im Vorfeld der Dunlop-Pleite. „Sambia war einfach einen Schritt zu schnell“, meint Manfred Matzdorf, GTZ-Berater im Wirtschaftsministerium. „Sie ziehen regional den kürzeren. Dabei ist der sambische Markt zu klein für wettbewerbsfähige Firmen. Man muß regional denken. Allerdings ist dabei nicht einmal Südafrika ein progressiver Faktor, die denken eher kurzfristig.“ Dennoch gibt es langfristig keine Alternative zur Politik der offenen Märkte. Die klassische Entwicklungshilfe wird jedenfalls von den meisten Sambiern abgelehnt. „Die paar Mark . . . Wenn Sambia erst einmal reich ist, werden wir dankbar an Euch zurückdenken“, ist noch der harmloseste, zynische Kommentar der Leute, die in der Lage sind, ihr Land selber aufzubauen. Wenn da nicht die alte Bürokratie wäre, die vielen Wände, gegen die auch die gut ausgebildeten Sambier immer und immer wieder laufen. Das abfällige „Na, bist Du jetzt ein Muzunguzungu?“, ein Stiefellecker der Weißen, das die Engagierten zu hören bekommen, wenn sie Überstunden machen. Es gibt eine winzige Hoffnung, daß sich diese Einstellung mit der zunehmenden Privatisierung ändert. Es dauert nur seine Zeit. Aber das mit deutscher Entwicklungshilfe in erster Linie deutsche Firmen und deutsche Berater entwickelt werden - das ist in Sambia nichts Neues. Lösungen? Es gibt keine. Mit Entwicklungsgeldern Einfluß ausüben können? Eine Illusion.

Sambischer Stolz und politische Prioritäten

Der rote Teppich ist bereits ausgerollt, aber niemand setzt einen Fuß darauf. Noch nicht. Die Studenten wissen, was sich gehört. Das Protokoll ist strikt. Genau wie der Zeitplan. 8.30 Uhr Angestellte und Studenten nehmen Platz. 8.45 Uhr Ankunft der geladenen Gäste. 8.50 Uhr Ankunft der Repräsentanten der Nichtregierungsorganisationen und der Botschaften. 9.05 Uhr Ankunft der Staatssekretäre. 9.15 Uhr Ankunft der Minister, 9.25 Uhr Ankunft des Ehrengastes, des Vize-Präsidenten der Republik Sambia, Godfrey Miyanda. Fast die Hälfte des Kabinetts ist anwesend. Darunter so bedeutende wie der Finanzminister, der Innenminister und der Minister für Wohnungsbau und Regionen. Der Anlaß ist banal: Zeugnisübergabe. Das National Institute of Public Administration (natürlich gibt es auch hier eine Abkürzung: NIPA) entläßt seine Studenten in den öffentlichen Dienst. 194 Männer und Frauen dürfen ihr Diplomzeugnis aus den Händen des Vize-Präsidenten entgegennehmen. Die Bürokraten der Zukunft heißen hier Financial Manager, Accountancy Technicians und State Auditors, die Frauen werden in zwei getrennten Ausbildungswegen zu Sekretärinnen und Stenographinnen ausgebildet.

Die Nation feiert sich. Auf dem gesamten Campus-Gelände sind die Farben Sambias zu sehen. Fähnchen flattern im Wind, um die großen Bäume sind Flaggen gewickelt. Der Rasen ist so grün, wie der Grundton der Flagge - obwohl es seit April nicht mehr geregnet hat. Sambia ist ein Land, das in normalen Jahren genug Wasser hat, auch zum Bewässern öffentlicher Grünanlagen. Mehr als zwei Drittel der sambischen Flagge sind grün. Grün wie die Vegetation, grün wie der schier unglaubliche Naturreichtum des Landes. Die Trikolore in der unteren rechten Ecke ist rot-schwarz-orange. Zuerst der rote Streifen für das Blut, das während des Unabhängigkeitskampfes geflossen ist, in der Mitte der schwarze für das Volk, und ganz rechts der orangefarbene Streifen für die Mineralien, die Rohstoffe, vor allem das Kupfer. Über der Trikolore, in der oberen rechten Ecke, fliegt ein Adler, das Wappentier Sambias und Symbol für ein Volk, das über allen Problemen schwebt.

Drei Stunden wird diese Zeremonie dauern. Parallel dazu verhandelt eine deutsche Delegation mit ministeriellen Angestellten des sambischen Finanzministeriums über einen Ausgleich der Zahlungsbilanz (20 Millionen Mark) und neue Entwicklungshilfegelder (17 Millionen Mark). Finanzminister Ronald Penza sitzt auf der Ehrentribüne des Campus, läßt seine Blicke über die neuen öffentlichen Diener schweifen und weiß genau, daß die deutsche Delegation gar nicht anders kann, als ihm die 37 Millionen Mark zu schenken. Zu aufwendig waren die Vorbereitungen, zu viel wurde bereits investiert - da kann man es sich auch leisten, den neuen deutschen Botschafter Schröder wie einen Bittsteller zu behandeln und ihn monatelang auf seine Akkreditierung warten zu lassen. Und was sind schon die paar Millionen aus Deutschland? Peanuts. Hätte Schröder sich eben nicht mit Oppositionsführer Kaunda ablichten lassen dürfen. Er hätte ihn - und das wäre das einfachste gewesen - gar nicht erst zu seiner Begrüßungsparty einladen lassen dürfen. Das hätte sich Schröder, beziehungsweise die Organisatoren des Festes, doch wohl wirklich denken können, daß Präsident Chiluba dann nicht mehr erscheint. Wo die beiden seit Jahren schon kein Wort mehr miteinander reden. **Sunk cost effect**, nennt man in der Psychologie dieses Verhalten der Deutschen: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat bereits soviel Zeit in diese Verhandlungen investiert, daß ein beleidigter Rückzug die Arbeit von drei Jahren zunichte machen würde. Also beißt man in den sauren Apfel, verzichtet auf ministerielle Anwesenheit bei der **Vertragsunterzeichnung** und die Akkreditierung des Botschafters und bewilligt die Millionen.

Die **Polizei-Brass-Band** spielt auf. Gekleidet in einer dunkelblauen und schwarzen Uniform würde sie im Schatten der großen Bäume gar nicht weiter auffallen, wären da nicht die blitzblank geputzten Trompeten, Posaunen, Hörner. Ein Tänzer mit nacktem Oberkörper, Rasseln an den Beinen, einer Pfeife im Mund, und einer schier unglaublichen Kondition und Ausstrahlung, tanzt zu Ehren der Gäste. Die gesamte **Regierungs-Entourage**, angeführt vom Vizepräsidenten Miyanda, verläßt ihre Ehrentribüne und geht auf den Tänzer zu. Der sinkt ehrfürchtig auf seine Knie

und läßt sich vom Finanzminister Penza den Lohn für den Tanz in die Hand drücken. Miyanda und Penza gehen nicht mehr zurück auf die Tribüne, sondern bleiben stehen, bereit, den Studenten ihre Diplomzeugnisse zu übergeben. Hoch über ihnen kreist ein Adler.